

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal inkl. Postgebühren.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Cöplingerstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro Spaltweite 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Privatangehörigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 14

Stuttgart, den 4. April 1903

19. Jahrgang

## Bekanntmachung

### des Verbandsvorstandes.

1. Bei der Zahlstelle Apolda kann Arbeitslosenunterstützung bezogen werden.

2. Ausgeschlossen auf Grund der Bestimmung des § 14b im Statut wurde in Dresden der Buchbinder Georg Hackebeit aus Freiberg i. S. (Buchnummer 40880).

3. Um die Auflage des wieder in Broschürenform auszugebenden Jahresberichtes für 1902 dem Bedarf entsprechend feststellen zu können, ersuchen wir die Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten, die Anzahl der benötigten Exemplare möglichst bald, spätestens jedoch bis 15. April, an uns bekannt geben zu wollen.

Der Bericht wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert, um die Auflage aber nicht unnötig groß zu bemessen, soll derselbe nur an diejenigen Mitglieder abgegeben werden, welche ihn zu besitzen wünschen. Letzteres wäre zunächst zu erfragen.

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: A. Dietrich.

## Aus dem Verbandsleben.

### II.

Wie leises Frühlingsrauschen weht es durch den Verbandswald! Ein Flüstern von kommenden Tagen, von einem unbestimmten Etwas, das in der Luft liegt, macht die Gemüter lebhafter, erweckt ein gesteigertes Interesse am Verbandsleben und konzentriert in Vorahnung kommender Ereignisse die Aufmerksamkeit immer mehr auf einen Punkt: auf unsere diesjährige Tarif- und Lohnbewegung.

Und neue Säfte schießen in die Halme! Ein munteres Leben und eine größere Regsamkeit in den einzelnen Zahlstellen, dazu eine gesteigerte Mitgliederzunahme ist als ein freudiges Zeichen dafür anzusehen, daß unsere Mitglieder sich der Wichtigkeit der diesjährigen Situation schon jetzt bewußt sind. Schon das letzte Quartal des Vorjahres brachte uns einen ansehnlichen Mitgliederzuschuß, der nach den äußeren wahrnehmbaren Anzeichen im ersten Viertel dieses Jahres nicht allein uns erhalten geblieben ist, sondern wahrscheinlich noch eine Vermehrung erfahren hat. Ein freudiger Impuls bewegt wieder unser ganzes Verbandsleben, aus verschiedenen Berichten drang das Bestreben heraus, schon jetzt zu rüsten, um gegenüber den auf uns eventuell anstürmenden Gefahren gewappnet zu sein, mit verstärktem Eifer Mitglieder zu werben und auch der Mittel für den Lohnkampf nicht zu vergessen.

Es hat den Anschein, als sollten die Erfahrungen, die die Buchdrucker anfänglich mit ihrer Tarifgemeinschaft machen mußten, auch uns leider nicht erspart bleiben, als sollte erst ein vollständiges Aufreihen beider gegenseitiger Kräfte die Idee und die Vorteilhaftigkeit eines friedlichen Verhältnisses beider Interessengruppen, eines tariflichen Arbeitsvertrags, unseren Arbeitgebern zum richtigen Bewußtsein gebracht werden. So wie bisher kam

es ja auch kaum weiter gehen. Unsere Prinzipale erkennen in der mit uns eingegangenen Tarifgemeinschaft keinerlei Verpflichtungen, als wie zur höchsten Not die, daß sie die im Tarif festgesetzten Preise zahlen — und das noch oft mit großem Widerstreben und erst nach Anrufung der Tariffchiedsgerichte oder Gewerbegerichte. Von der Verpflichtung für eine weitere Ausdehnung der tariflichen Verhältnisse auf andere Städte, geschweige denn auf andere Berufsgruppen keine Spur! Das schiebt man uns allein zu, das überläßt man der Gehilfenorganisation allein. Diese Aufgabe aber allein zu erfüllen, dazu fühlen wir uns nicht allein nicht verpflichtet, sondern auch zu schwach. Hier müssen beide Korporationen gemeinsam wirken. Man sehe sich die Buchdrucker an, wo Prinzipale und Gehilfen in gemeinsamen Aufrufen und durch gemeinsames Vorgehen auch die letzten noch vorhandenen nicht tariftreuen Prinzipale der Tarifgemeinschaft zuzuführen befreit sind. Bei uns wird die Sache entschieden nicht ernst genug genommen, unsere Prinzipale sind von der Wichtigkeit der Tarifgemeinschaft nicht durchdrungen und behandeln diese Abmachungen mit einer Laxität, die keineswegs der ihr innewohnenden Verpflichtung entspricht.

Und dazu nun noch das Gemunkel der beabsichtigten Reduzierung des Tarifs! Tritt man mit dieser Absicht wirklich ernsthaft auf den Plan, so kann ja darüber gar kein Zweifel sein, daß dann ein Kampf entbrennt, der bis zum Weißbluten geführt werden muß! Schade um die beiderseitigen Wunden, die dann geschlagen würden, aber vielleicht ist eine solche unabwendbare Katastrophe einmal notwendig, um bei uns der Tarifgemeinschaft erst das nötige Ansehen zu geben und die Ueberzeugung von der Nützlichkeit derselben den Prinzipalen beizubringen. Vielleicht muß auch unser Gewerbe erst, durch eine Feuerprobe geläutert, wie sie die Buchdrucker 1891 durchmachen mußten, auf den Weg gewiesen werden, den beide Organisationen bei einer abgeschlossenen Tarifgemeinschaft notwendig wandeln müssen: mit vereinten Kräften gemeinsam für die Ausarbeitung des Tarifs zu wirken, um die Vorteile und Verbesserungen, die ein tarifliches Abkommen in sich schließt, nicht allein einigen Städten, sondern dem gesamten Buchbindergewerbe teilhaftig werden zu lassen. Halten unsere Prinzipale also einen solchen Kampf für unabwendbar, so werden wir ihm nicht aus dem Wege gehen, und wie die Verhältnisse liegen, werden wir jedenfalls nicht als der unterlegene, zum mindesten nicht als der geschwächteste Kämpfer daraus hervorgehen.

So unzweifelhaft zutreffend der Hinweis darauf ist, daß durch die Tarifabmachungen der großen Städte die kleineren Städte auch Vorteile haben, so kann es aber doch nicht als durchaus unrichtig bezeichnet werden, wenn der oft gemachte Vorwurf immer wieder erhoben wird, daß die kleineren Zahlstellen nicht genügenden Vorteil — wenigstens in betreff ihrer Lohnverhältnisse — von der Organisation haben. Woran die Hauptursache liegt, ist ja oft hervorgehoben worden. Trotz diverser Anfechtungen von Seiten der Zentralleitung konnte ver-

möge der geringen Initiative verschiedener kleineren Zahlstellen eine Lohnbewegung respektive die Anstrengung tariflicher Vereinbarungen mit den Prinzipalen herbeizuführen, nicht in Fluß kommen. Aber die vorwärtsdrängenden Elemente unserer Kollegen in den kleineren Zahlstellen geben sich damit nicht zufrieden, sie wollen doch eine Besserung der vielfach noch standalösen Arbeitsverhältnisse in den kleineren und mittleren Städten. Und das mit Recht. Deshalb wird die Taktik, die wir bei der letzten Lohnbewegung befolgt haben, nicht wieder eingehalten werden können und vielleicht ist es auch gar nicht taktisch richtig, sie zu wiederholen. Damals sind einige kleine Städte, die durch die Tarifbewegung der drei großen Städte mit fortgerissen wurden, gewissermaßen zurückgehalten worden, um diesen den Vortritt zu lassen. Nachdem war aber in den kleinen Städten nichts mehr zu machen und auch in drei Jahren, in denen uns die großen Städte wenig beschäftigten, kam es nur vereinzelt zu direktem Vorgehen; in den meisten Fällen handelte es sich bei den Differenzen um Abwehrstreiks. Dem entgegengesetzt wird diesmal gerade die Parole sein müssen, daß an allen Orten, wo es die Organisationsverhältnisse irgendwie erlauben, an eine Lohnbewegung gedacht werden muß. Damit soll nicht gesagt sein, daß nun blindlings, ohne jede Vorbereitung, darauf losgestürmt werden muß, aber die Begeisterung, die während der Tarifbewegung der drei großen Städte auch in diese oder jene Zahlstelle fällt, muß angefaßt, die Bewegung unterflüstert werden.

Und eine gewisse Einheitlichkeit in den Entlohnungsverhältnissen im Buchbindergewerbe muß angestrebt und möglichst zur Durchführung gebracht werden. Kann unser Tarif in der jetzt bestehenden Form nicht über ganz Deutschland zur Einführung gelangen, so müssen zunächst die Vorbedingungen hierzu geschaffen werden. Dazu gehört zunächst, einen einheitlichen Minimallohn und eine einheitliche Maximalarbeitszeit festzusetzen. Zu diesem Minimallohn müssen dann in einzelnen Orten lokale Zuschläge verlangt und diese Abmachungen schriftlich möglichst mit einer am Orte bestehenden Meistervereinigung getroffen werden. Damit rücken wir dem Ziele etwas näher, um die Grundlage für allgemeine tarifliche Vereinbarungen zu treffen. — Die diesjährige Lohnbewegung muß und wird also nicht zuletzt gerade den kleineren Städten zu gute kommen.

Die Kassenverhältnisse, unser Kriegsfonds, können uns mit einer gewissen Zuverlässigkeit erfüllen. Das Vermögen in der Verbandskasse hatte schon mit Jahreschluß beinahe die Höhe einer Viertelmillion erreicht. In den Zahlstellen dürften nach ungefähre Schätzung in lokalen Fonds 60—70000 Mk. angesammelt liegen, bis zur Mitte des Jahres könnten wir also sicher insgesamt mit einer Dreimillion rechnen.

Das ist ein ganz respektables Sümmechen, nament-

lich im Verhältnis zu unserer Mitgliederzahl. Aber trotzdem muß die Frage aufgeworfen werden: Genügt das? Kommt es zum Krieg — dann nicht! Dann kann der Kampffonds nicht groß genug sein, dann muß noch an die Opferwilligkeit der Kollegen appelliert werden. Wir zweifeln aber auch nicht daran, daß, wenn uns erst einmal eine positive Sicherheit über das Vorhaben der Prinzipale bekannt ist, daß dann auch von diesem Wendepunkt, von diesem Augenblicke an, unsere Verbandsglieder bereit sein werden, vorübergehend gern einen höheren Beitrag zu zahlen, und zwar ohne Widerspruch.

Die bei gleichen Anlässen früher aufgetretene Opposition gegen einen Extrabeitrag, die oft mit recht kleinlichen Argumenten geführt wurde, darf sich diesmal gar nicht erst zeigen. Jeder muß es als seinen Stolz, als seine Ehre betrachten, eine kurze Zeit ein größeres Opfer zu bringen, damit wir schon so durch unsere Einigkeit und Geschlossenheit imponieren und dadurch einen gewissen Druck auf die Situation ausüben. So geeint, gestärkt und gerüstet gehen wir dann getrost, mutig und zuverlässig in den kommenden Tagen entgegen!

Aber auch der Mitgliederwerbung muß erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden, der gute Ansatz, der in der Mitgliederzunahme lebhafte sich zeigte, muß weiteren Nachwuchs zeitigen, er muß uns eine Reihe neuer Kämpfer zuführen. Aber nicht nur momentane Kämpfer, die nur in der Not der Gefahr zu uns kommen, sich unser erinnern, sondern sie müssen uns als treue Gefährten und Mitglieder unseres Verbandes erhalten bleiben.

Alle die uns noch Fernstehenden mögen sich doch auch endlich einmal ihres unsolidaren Handelns recht bewußt sein und der Zeiten, die für sie immer ungünstiger sich gestalten. Unser Verband nimmt an Mitgliedern stetig zu, der Kreis der Unorganisierten wird immer kleiner, das gesellschaftliche Ansehen der Unorganisierten schwindet in Arbeiterkreisen immer mehr, der organisierte Arbeiter erfreut sich nicht allein einer größeren Hochachtung, sondern ihm bietet sich auch weit leichter eine hilfreiche Hand in schlechten Lebenslagen. Der zeitig in den Verband Eintretende erwirbt sich nicht nur unter den jetzigen statutarischen Bestimmungen schon höhere Rechte, sondern er erwirbt sie sich zugleich auch für die spätere Zukunft; bei allen Neueinführungen von Unterstützungen wird gewiß auch ferner je nach der Mitgliedsdauer die Höhe der Unterstützung bemessen werden, so wie es jetzt schon

geschieht. Mit jedem Tage, den der Unorganisierte verstreichen läßt, ohne in den Verband einzutreten, schädigt er sich selbst, seine Familie und seine Mitkollegen. Es dürfte den Organisierten nachgerade über werden, bei Streiks ihre im Verbande mühsam zusammengesparten Gelder mit ihren Segnern der eigenen Interessen, mit den Unorganisierten, die allen jahrelangen Werbungen gegenüber sich taub stellen, kameradschaftlich zu teilen. Es wird die Zeit kommen, wo man nach dieser Richtung hin einmal ein Exempel statuieren wird, bei einer Aussperrung ist schon heute die Möglichkeit gegeben, die Unorganisierten von einer Unterstützung auszuschließen und ihnen somit ihren Indifferentismus entgelten zu lassen. Darum mögen sie sich ihrer Pflicht endlich bewußt sein und zeitig in den Verband eintreten. Unser Verband muß in diesem Jahre geküftigter dastehen, wie nie zuvor, er muß an Mitgliedern zunehmen in imponierendem Maße, dann wird er alle etwa beabsichtigten Schläge zu parieren wissen und siegreich aus allen Fährnissen hervorgehen. Deshalb hinein in den Verband!

### Von der internationalen Solidarität und den Gegenseitigkeitsverträgen.

Es gab in der deutschen Arbeiterbewegung einmal eine Zeit, wo man für die internationale Solidarität dermaßen schwärmte, daß man darüber beinahe die Zustände im eigenen Hause vergaß. All die Beschränkungen, die man den deutschen Arbeitern bei Lohnbewegungen und Streiks auferlegte, um die sogenannten wilden Streiks nicht aufkommen zu lassen und um bei irgend einem kleinen örtlichen Werkstufenstreik nicht das ganze Reich mit Sammellisten zu überschwemmen, gelten für das Ausland auch heute noch nicht. Dem Unfug, daß irgend ein Lokalvorstand bei einem Werkstufenstreik nach allen Orten des Reiches hin Sammellisten versenden konnte, um bei Schluß des Streiks mit einem ansehnlichen Profiten abzuschließen zu können, hat man gesteuert. Dem Ausland ist aber mit dergleichen Sammellisten immer noch ungehinderter Zutritt gewährt und die ausländischen Organisationen wenden sich mit Umgehung der deutschen Zentralvorstände an die Zahlstellen — sicher in der Ueberzeugung, solcherart besseren Erfolg zu haben — und bringen dort, auch bei den kleinsten Streiks, ihre Sammellisten in Umlauf. Und der in so bewegten Worten an die internationale Solidarität gerichtete Appell verfaßt denn auch selten. Dafür zwei eklatante Beispiele. Eine unserer ausländischen Bruderorganisationen machte bei einem Streik, für den in Deutschland auch der Klingelbeutel geschwungen

wurde, der ihr 2256 Mk. kostete, einen Uebersehschuß von 396,90 Mk. Noch besser aber schnitt dieselbe Organisation bei einem Streik ab, der ihr 400 Mk. kostete und 199,20 Mk. Profiten einbrachte. Um solchen Unfug zu steuern, sah sich ja seinerzeit unser Verbandsvorstand veranlaßt, in einer Bekanntmachung in Nr. 33 des vorigen Jahrganges unserer Zeitung darauf hinzuweisen, daß Sammellisten für Streiks im Ausland nur nach vorheriger Zustimmung des Verbandsvorstandes bei unseren Mitgliedern in Zirkulation gesetzt werden sollten, eine ganz selbstverständliche Verfügung, die in allen zukünftigen Fällen von unseren Zahlstellenbevollmächtigten strengstens beachtet werden muß. Denn zum mindesten muß für die ausländischen Streiks dasselbe gelten, wie für die inländischen: eine Sammlung für ausländische Streiks muß die Zustimmung oder Genehmigung des betreffenden deutschen Zentralvorstandes haben.

Mit den Gegenseitigkeitsverhältnissen ist es ähnlich. Die Berufung auf die internationale Pflicht und der Appell an die internationale Solidarität haben allerdings an Wirkung eingebüßt, wenn wir auch nicht den Vorwurf, den die Wiener „Einigkeit“ gegen uns erhebt, „daß man die internationale Solidarität in Deutschland als veraltet und unmodern zu betrachten scheint“, so ruhig hinnehmen möchten. Aber ein Vertrag, in dem Falle ein Gegenseitigkeitsvertrag, ist ein rein geschäftsmäßiges Abkommen sehr materieller Natur, bei dem man nicht mit Berufung auf den Idealismus uns fortgesetzt zu größeren Leistungen verpflichten kann, sondern die Berufung auf den Idealismus ein billiges Vergnügen — manchmal auch ein einträgliches Geschäft ist — solange die Befürworter desselben nicht an ihrem Geldbeutel angegriffen werden; mit dem Augenblick, wo das geschieht, werden sie dann gewöhnlich auch sehr naute Materialisten. Genug — darüber kann wohl kaum ein Meinungsstreit bestehen, daß ein Gegenseitigkeitsvertrag auf dem Prinzip: für gleiche Rechte gleiche Pflichten aufgebaut sein muß, diesem Prinzip, das in goldenen Lettern über unserem gesamten deutschen Gewerkschaftsleben steht. Das war aber bei dem ungarländischen Verein gar nicht und ist bei dem österreichischen Verband auch nur in sehr eingeschränktem Maße der Fall.

Durch die Umrechnung der im Auslande geleisteten Beiträge in deutsche sind bei unseren hohen Unterstützungssätzen den Ausländern bei uns Rechte und Vergünstigungen gewährt, die in gar keinem Einklang mit den in Ungarn und Österreich an unsere Mitglieder gewährleisteten zu bringen sind. Wir sprechen nur von diesen beiden Ländern, weil wir mit diesen in Differenzen geraten sind; für die Schweiz trifft ja das auch zu, für Dänemark dagegen nicht, da die dortigen Unterstützungen den unserigen angepaßt sind. Unsere nach Budapest zu-

### Enterbte des Liebesglücks.

Von Max Kempke.

(Schluß.)

Eine allgemein anerkannte Ursache der verkehrten Geschlechtsempfindung und ihren furchtbaren Erscheinungen gibt es nicht. Zwar hat man verschiedene Hypothesen für ihre Erscheinung aufgestellt, die jedoch in keiner Weise als hinreichend angesehen werden können und sogar mitunter zu ganz irrigen Trugschlüssen geführt haben, da man Ursache und Wirkung verwechselte: so die weitverbreitete irrtümliche Auffassung — die sogar Gelehrte von Welt Ruf vertheidigt haben —, daß es sich bei den Homosexuellen lediglich um eine Erscheinung der Neurassthenie, speziell der sexuellen Nervosität handelt. Man kann allerdings leicht zu der Auffassung gelangen, da die meisten Konträrsexuellen Neurasstheniker sind. Dr. Hirschfeld aber hat in überzeugender Weise den Nachweis geführt, daß man hier Ursache und Wirkung verwechselt hat. Und in der Tat muß es wohl jedem einleuchten, daß die dauernde ängstliche Geheimhaltung eines angeborenen Defektes, dessen Existenz man anfangs als Sünde und Verirrung, später als Laster oder Geisteskrankheit auffaßt, daß der stete Kampf gegen den Trieb, daß die stete Furcht vor Entdeckung, Erpressern, Verhaftung, gerichtlicher Bestrafung, Verlust der sozialen Stellung und der Achtung seitens der Familie und Mitmenschen das Gemüt stark reizen, die Nerven

aufreiben muß und Neurassthenie, Melancholie und Hysterie mit Selbstmordgedanken erzeugen kann.

Gegen die Annahme, daß es sich um ein Zeichen der Degeneration handelt, sprechen die Tatsachen, daß bei dem griechischen Volke zu seiner Blütezeit die gleichgeschlechtliche Liebe eine ganz gewöhnliche Erscheinung war, daß sie bei dem urwüchsigen Volke der Germanen beobachtet wurde und bei Naturvölkern und sogar bei vielen Tieren, wie Affen, Hasen, Pferden, Fröschen, Schmetterlingen etc. ebenfalls sich vorfindet.

Von Übersättigung kann ebensowenig die Rede sein, da ja die meisten Urninge niemals in ihrem Leben mit dem anderen Geschlecht Verkehr gepflogen haben. Weil sich unter den Nonnen und Mönchen besonders viel Konträrsexuelle befanden, glaubte man auch die Ehelosigkeit dafür verantwortlich machen zu können. Die Annahme dürfte jedoch eher zutreffen, daß die Konträrsexuellen gerade mit Vorliebe die klösterliche Einsamkeit aufsuchten, weil sie sich eben bei ihren Geschlechtsgegnissen wohler fühlten und eher ihren Trieb befriedigen konnten, als in der Öffentlichkeit, wo sie wohl schließlich noch zu einer Ehe gezwungen worden wären.

Auch die Annahme, daß es sich um Krankheit, Geistesgekränktheit, schlechte Erziehung oder Verführung handelt, ist ebenso ansechtbar und bietet nicht im entferntesten eine hinreichende Erklärung für diese Erscheinungen, und Edward Carpenter, der das Wesen der Homosexuellen in eingehender

Weise studiert hat, kommt zu dem Schlusse, daß „in der ungeheuren Mehrzahl der Fälle die Liebe zu Personen des eigenen Geschlechtes den Charakter der Normalität und Gesundheit trägt“.

Ungleich mehr Beachtung verdient aber die Erklärung, daß bereits auf den Fötus physische und psychische Einflüsse sehr stark einwirken und Homosexualität herbeiführen können.

Daß durch eine bestimmte Diät etc. auf die Entwicklung einer bestimmten Geschlechtsart bis zu einem gewissen Grade eingewirkt werden kann, gilt als ziemlich feststehende Tatsache. Wie wir ja auch beispielsweise schon bei den Bienen beobachten können, daß sie, in Erzeugung einer Königin, eine Arbeitsbiene — die bekanntlich auch geschlechtslos oder richtiger doppelgeschlechtlich sind — durch entsprechende Fütterung zu einer Königin, einer weiblichen Biene, heranfüttern.

Für die leider noch allgemein viel zu sehr unterschätzten und außer acht gelassenen psychischen Einflüsse sprechen zahlreiche Beobachtungen derart, daß bei Kindern, deren Eltern bei der zeugenden Anarmung schon den innigen Wunsch hatten, ein Kind des anderen Geschlechtes zu erzeugen, besonders häufig urwüchsige Triebe festgestellt worden sind. Also zum Beispiel dort, wo man sehnüchlich einen Knaben erwartete, jedoch ein Mädchen geboren wurde, dieses eine Urwunde war, und schon in der frühesten Jugend kann man an ihr häufig einen besonders starken Hang zu Knabenpielen und Knabenhafte Züge feststellen.

reisenden Mitglieder konnten im günstigsten Falle insgesamt 10 Mk. Unterstützung beziehen, während die von Budapest Zurückreisenden bei uns schon im niedrigsten Satze 15 Mk., bei entsprechender Mitgliedsdauer aber 40, 60, ja sogar 90 Mk. beziehen konnten. Und es geschah gar nicht so selten, daß von Ungarn Zurückreisende die Unterstützungssätze der beiden mittleren Klassen voll in Anspruch nahmen. Daß ein solches finanziell ungleiches Verhältnis auf die Dauer nicht so weiter geführt werden kann, muß wohl jeder Verständige einsehen.

In Österreich kann ein deutsches Mitglied 27,20 Mk., im günstigsten Falle 47,60 Mk. beziehen. Dabei besteht aber noch die Beschränkung, daß deutsche Mitglieder diese Unterstützung nicht als Arbeitslosenunterstützung beziehen können, sich also nicht an einem Orte aufhalten dürfen, um diese voll erheben zu können, sondern sie wird ihnen nur als Reiseunterstützung gewährt, sie müssen also in ganz Österreich herumreisen und eventuell sechzehn Zahlstellen berühren, um in den Genuß dieser 27 respektive 47 Mk. zu kommen. Dagegen konnten bis vor kurzem die Österreicher, wenn sie nach Deutschland zureisen, in aller Gemütsruhe an irgend einem Orte sitzen bleiben und unsere Unterstützungen in Höhe von 15, 40, 60 und sogar 90 Mk. erheben. Und es kam vor, daß Ungarn sowohl, als wie Österreicher in einem nicht zu weit gelegenen deutschen Grenzorte die ihnen zustehende Unterstützung bezogen, um erst dann weiter zu reisen, manchmal auch nach — ihre Heimat zurück. So ist allerdings der Gegenseitigkeitsvertrag und die internationale Solidarität von uns nicht gedacht!

Nun unser Verbandsvorstand durch Bekanntmachung verfügt, daß den österreichischen und schweizerischen Mitgliedern zukünftig nur noch für drei Tage Unterstützung am Orte ausbezahlt werden darf, stellt sich der österreichische Verband sehr empört und entrüstet. Und doch machen wir nicht einmal von dem gleichen Rechte Gebrauch, das sich mit Selbstverständlichkeit der österreichische Verband anmaßt! Wir zahlen doch noch für drei Tage am Orte Unterstützung aus an seine Mitglieder, während er nur an unsere Mitglieder Unterstützung zahlt, wenn sie sofort weiter reisen.

Die neuesten Differenzen ergaben sich aber noch insofern, als der österreichische Verband den Mitgliedern des Wiener Ledergalanteriearbeiterverbandes Legitimationskarten ausstellt, um darauf in Deutschland Unterstützung erheben zu können. Mit diesem Vernein hat unser Verband nie im Gegenseitigkeitsverhältnis gestanden, er galt in seiner Eigenschaft als Anhängsel des österreichischen Buchbinderverbandes so quasi als lokale Zahlstelle. Aus sehr natürlichen Gründen verbot sich aber ein solches Verhältnis überhaupt mit dem Augenblick, wo in Deutschland der Portefeullerverband entstand, über dessen Entstehen man in Wien ja so

wieso in Verzückung geriet. Das wäre ja erst eine komische Sache, wenn die österreichischen Portefeuller nach Deutschland zureisen, bei uns die hohe Unterstützung erheben, um nachdem vielleicht dem deutschen Portefeullerverband beizutreten! Unter den jetzt bestehenden Verhältnissen müssen schon die beiden Portefeullervereinigungen in ein Gegenseitigkeitsverhältnis treten, um ihren Mitgliedern Reise- respektive Arbeitslosenunterstützung gewähren zu können. Jetzt nun die streifenden Wiener Portefeuller nach Deutschland abzuschicken und unserem Verbande deren Unterstützung in Gestalt der Reiseunterstützung zu übertragen, ist ja ein sehr bequemes Beginnen für den österreichischen Verband, aber auch ein sehr gefährliches für uns, wo wir zum Beispiel in Erlangen in Lohn Differenzen stehen und uns das Abschicken der Zurückreisenden nicht unbedeutende Summen kosten könnte.

In der „Einigkeit“ ist nun in einem Artikel eine Berechnung angeführt, derzufolge der Uneingeweihte zu der Ansicht gelangen muß, daß die Verhältnisse gerade zu gunsten unserer Mitglieder liegen und der österreichische Verband durch das Gegenseitigkeitsverhältnis schwere Opfer leisten muß. Die von uns an die Österreicher geleistete Unterstützungssumme übertrifft ja absolut diejenige der von den Österreichern an unsere Mitglieder gezahlten, aber prozentual leistet das österreichische Mitglied bedeutend mehr als das deutsche an Unterstützung der Ausländer. Dazu ist zu bemerken, daß ein nicht unbedeutlicher Teil österreichischer Mitglieder bei der Zureise nach Deutschland in unseren Verband übertritt, nun, als deutsches Mitglied gerechnet, seine Unterstützung als solches bezieht und diese Unterstützung kann nun nicht als an Ausländer geleistet gebucht werden, sondern sie wird als an deutsche Mitglieder gezahlt verrechnet, obgleich doch eigentlich das Mitglied als ausländisches gerechnet werden müßte, da es ja auf Grund der im Ausland geleisteten Beiträge seine Unterstützung bezieht und an den deutschen Verband nur wenige Beiträge geleistet hat. Könnten wir diese geleisteten Unterstützungen dem eigentlichen Charakter oder Sinne nach rubrizieren, so fielen auch der Prozentsatz anders aus.

Nach einer weiteren sehr vorteilhaft zusammengefaßten Aufstellung der „Einigkeit“ wird sogar zusammengerechnet, daß unsere Mitglieder in Österreich in der Regel mehr beziehen können, wie die österreichischen Mitglieder bei uns. Schade nur, daß in den überaus meisten Fällen die gewünschten Voraussetzungen hierzu fehlen. Nach 26wöchiger Beitragsleistung im österreichischen Verband zahlt dieser auch eine Unterstützung am Orte. Ein solches Mitglied, das 26 Beiträge bei uns und 26 im österreichischen Verband geleistet hat, kann insgesamt 91 resp. 98 Kronen, etwa 80 Mk., beziehen. Dazu gehört aber, daß der Betreffende dann wieder im

großen Österreich mit den weitentfernten Zahlstellen herumgereist sein muß, um dieses Höchstmaß von Unterstützung erhalten zu können. Das wird wohl sehr selten oder überhaupt nie passieren, ganz abgesehen davon, daß unsere Mitglieder immer erst dort ein halbes Jahr gefeuert haben müssen, um dieser Unterstützung teilhaftig zu werden, während sie bei uns sofort beim Übertritt bezugsberechtigt sind.

Das Kapitel der vielfachen Verfehlungen und falschen Legitimationsausstellungen wollen wir nicht weiter berühren, bemerkt sei nur der eine drastische Fall, daß man ein österreichisches Mitglied mit einer Legitimationskarte zum Bezug von Unterstützung verfaßt, obgleich es noch gar keine 26 Wochen Beiträge geleistet hat. Als Motivierung hierfür wurde dann angeführt, daß nach dem österreichischen Statut reisende Kollegen, welche infolge ihrer Bestrebungen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen arbeitslos werden, Unterstützung erhalten, auch wenn sie noch nicht 26 Wochen und auch noch nicht 13 Wochen Beiträge geleistet haben. Diese Bestimmung des österreichischen Statuts soll also auch für den Gegenseitigkeitsvertrag Gültigkeit haben!

Zum Schluß sei noch dem Vorwurf begegnet, der in dem Artikel der „Einigkeit“ gegen unseren Verbandsvorstand erhoben wurde, daß er von der Änderung des Gegenseitigkeitsvertrags zu spät Kenntnis gegeben hätte und somit „die primitivsten Gebote der internationalen Solidarität verlegt“. Am 4. Dezember wurde dem österreichischen Verband die erste Kenntnis von der beabsichtigten Änderung, die ab 1. Januar in Kraft treten sollte. Mit Datum vom 23. Januar (der Brief lief am 24. Januar ein) antwortete darauf der österreichische Verbandsvorstand und stellte einige Fragen, die ihm am 6. Februar beantwortet wurden. Der österreichische Verbandsvorstand brauchte also sieben Wochen zu seinem Schreiben, der unserige etwa zwölf Tage (das Schreiben mußte zur Beratung erst den Vorstandsmitgliedern vorgelegt werden), trotzdem beschwert sich der österreichische Verbandsvorstand in beweglichen Klagen über die ihm angestattete Anstandsverletzung! Man urteile!

Die Gesetze der internationalen Solidarität sind bei uns Buchbindern weder veraltet noch unmodern geworden, sie müssen sich aber in gewissen Grenzen bewegen und können nur in besonderen Fällen, etwa bei Streiks, eine Ausnahme vom Prinzip der gleichen Verpflichtungen zulassen.

## Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften.

(Schluß.)

Die Bildhauer, welche sich schon 1885 für die Arbeitslosenversicherung erklärt hatten, die Auszahlung aber einstweilen den einzelnen Filialen

Und wenn man sich vergegenwärtigt, daß der werdende Mensch im fötalen Zustande doppelgeschlechtlich ist, — sogar bis ins hohe Alter hinein lassen sich bei den Männern die verkümmerten Reste der Gebärmutter feststellen, wie wir bei den weiblichen Geschlecht ebensolche Spuren der Samenstränge wahrnehmen können — und erst späterhin zu einem bestimmten Geschlecht sich entwickeln, so werden wir wohl die Möglichkeit leichter begreifen und für naheliegend halten, daß psychische und physische Momente hemmend auf die eingeschlechtliche Entwicklung des fötalen Menschen einwirken und demzufolge einen Urning oder eine Urninde zu erzeugen im Stande sein können. Hier könnten Eltern und Erzieher oft, wenn sie das richtige Verständnis hierfür besitzen, noch helfend eingreifen und einen aufkeimenden Trieb unterdrücken oder wenigstens in leichtere Bahnen lenken. Deshalb kann es den Eltern nicht dringend genug geraten werden, ihre Kinder daraufhin scharf zu beobachten und geeignete Maßnahmen zu treffen. Viel könnte in der Jugend noch gebessert werden, mehr vielleicht, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. In späteren Jahren und im Alter ist es jedoch leider in den seltensten Fällen nach möglich, die Unglücklichen von ihren Trieben zu heilen oder auch nur ihnen Linderung zu bringen.

Als besonders wirksames Mittel hat sich die hypnotische Suggestion erwiesen, allein auch sie bringt oft nur vorübergehende Hilfe, dauernde Heilung

ist, wie bereits erwähnt, bei den meisten eine Unmöglichkeit.

Schließlich sei auch noch der Erklärung gedacht, die Oskar Hartmann und Schopenhauer für die Erscheinung der Homosexualität aufstellte. Sie sehen dieselbe als im Willen der Natur gelegen an, welche einerseits allaufwachende Individuen geschlechtslos macht um sie an der Zeugung und somit Weiterverbreitung ihres schwachen und franken Geschlechts zu verhindern, andererseits wiederum denen, die über dem normalen Menschen stehen, den Geschlechtstrieb versagt, um einer allzureichlichen Vermehrung der Gattung vorzubeugen. Vielleicht sind sie, da sie ja über dem Geschlecht stehen, vornehmlich dazu bestimmt, geistige Werte zu schaffen und auf diese Weise an der Vervollkommenung der Gattung Mensch mitzuwirken. Wir haben ja Beispiele gesehen, daß unter den bedeutendsten Menschen aller Zeiten eine ganze Menge Urninge waren.

Doch wie bereits erwähnt, kann keine der erwähnten Erklärungen als hinreichend angesehen werden. Es dürfte vielleicht das Wichtigste sein, bald diese, bald jene Erklärung in mehr oder weniger Fällen gelten zu lassen.

Nachdem wir nunmehr zur Genüge Kenntnis von dem Wesen und der Verbreitung der verkehrten Geschlechtsempfindung genommen haben, wird es wohl jedem klar sein, daß der § 175 des Strafgesetzbuchs eine schreiende Ungerechtigkeit ist, der nach dem Stande der Wissenschaft schon längst

hätte beseitigt werden müssen, und dessen Beseitigung aber jetzt bei der Revidierung des Strafgesetzbuchs ganz energisch gefordert werden muß.

Kümmert es die Menge etwas, belästigt es sie oder schadet es ihr, wenn zwei gleichgeschlechtliche erwachsene Personen im verborgenen Kämmerlein in Liebe sich zugetan sind, in einer Liebe, die oft turnhoch über der „staatlich anerkannten Liebe“ steht?! Sicherlich nicht.

Selbstverständlich müssen Jugendliche ganz und erwachsene Personen gegen gewaltsame Angriffe und Bergewaltigungen geschützt werden. Dafür bedarf es aber nicht des § 175, zahlreiche andere Paragraphen des jetzigen Strafgesetzbuchs reichen hierzu vollständig aus.

Möge deshalb die Presse mehr denn je in den Kampf für jene Unglücklichen eintreten, möge insbesondere es jeder als seine Pflicht betrachten, soviel wie möglich zur Aufklärung dieses Themas beizutragen und sich nicht abschrecken zu lassen, wenn bigotte Mucker vom Schlage des Herrn Stöcker und Konsorten unter beifälligen Kopfnicken der tausendköpfigen Hydra Dummheit mit frommem Augenaufschlag wieder einmal erklären sollten, „daß man über solche Schweinerei gar nicht sprechen dürfe“, dann wird bald das ungerechte Vorurteil gebrochen und der § 175 gefallen sein, unter welcher letzteren beiden die Enterbten des Liebesglücks bis jetzt noch am meisten zu leiden haben.

überlassen mußten, entschieden sich 1891 für die obligatorische Einführung. Diese kleine Organisation umfaßt 69 Prozent der Berufsangehörigen und hat bis zum Jahre 1901 221 093 Mk. an Arbeitslose bezahlt.

1892 folgte dann der Zentralverband der Brauer mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und bis zum Jahre 1894 dann noch verschiedene kleinere Gewerkschaften, wie Glaser, Zigarrenfortierer und Formier. Es würde aber zu viel Raum beanspruchen, alle zu beschreiben; Charakteristisches ist in ihrer Entwicklung nicht verzeichnet.

Eine Reihe von Gewerkschaften, in denen große Vorurteile gegen solche Unterstützungen bestanden, sahen sich infolge des allgemeinen Aufschwunges der deutschen Gewerkschaften nach 1895 ebenfalls genötigt, dieser Frage näher zu treten. Das Mißtrauen verschwand immer mehr, man sah es deutlich ein, daß die Gewerkschaften durch Unterstützungen nicht zur „Versumpfung“ geführt wurden, sondern im Gegenteil an innerer Festigkeit bedeutend gewannen. Wenn auch nicht alle sich entschließen konnten, die Einrichtungen sofort zu treffen, da sie sich solchen weitgehenden Anforderungen nicht gewachsen fühlten, so wurden doch auf allen Verbandstagen diesbezügliche Anträge gestellt und verhandelt.

Die Handels- und Transportarbeiter führten 1897 die Arbeitslosenunterstützung ein. Anfänglich wurde nur in zwei Klassen Unterstützung verabsolgt, jetzt ist man aber dazu gekommen, nach der Mitgliedsdauer für männliche und weibliche Mitglieder je fünf Klassen einzurichten.

Den Lithographen und Steindruckern, die in zwei Organisationen, den Eisenbündel und den Verband, gespalten sind, ist es noch nicht gelungen, beide zu vereinigen; doch haben sie ein Übereinkommen getroffen, daß der Bund die Krankenunterstützung z. pflegt, während der Verband die Arbeitslosen- z. Versicherung eingeführt hat.

Die Metallarbeiter haben ebenfalls nach jahrelangem Debattieren auf dem Verbandstag im Jahre 1899 die Arbeitslosenunterstützung angenommen, trotzdem hier gerade hervorragende Führer sich sehr abfällig darüber ausgesprochen hatten. Die Einrichtung trat am 1. Juli 1900 in Kraft, und wenn sich ein Urteil aus dem ersten halben Jahre ziehen läßt, dann wird in Zukunft der Metallarbeiterverband die höchste Summe für seine Arbeitslosen aufzubringen haben. Betrug dieselbe doch schon im ersten halben Jahre 50577 Mk. bei rund 100 000 Mitgliedern.

In den letzten Jahren haben dann auch noch die Handlungsgehilfen, die Graveure, die Buchdruckerhilfsarbeiter, Formstecher und Mühlenarbeiter Arbeitslosenunterstützung eingeführt.

Die Schuhmacher sind über eine fakultative Arbeitslosenversicherung noch nicht hinausgekommen. Die Mitglieder konnten sich beim letzten Verbandstag für eine Erhöhung der Beiträge um 15 Pf. nicht entschließen. Auch wegen der Schwierigkeiten der Kontrolle bei den Hausarbeitern kam man zunächst von der obligatorischen Einführung ab; die Versicherung hat auch nur einen geringen Umfang, bei 121 Mitgliedern belaufen sich die Gesamtausgaben auf 199 Mk.

Im letzten Jahre hat dann auch noch der Holzarbeiterverband eine Arbeitslosenversicherung beschlossen, was um so beachtenswerter erscheinen muß, als gerade dieser Organisation bis jetzt die schärfsten Gegner jeder Art Unterstützungen, als Abschwächung des Kampfes, angehört. Die Unterstützung wird nach aufsteigenden Sätzen je nach der Mitgliedsdauer in fünf Klassen gewährt.

Die Maschinisten wollten sich die Kosten der Unterstützung Arbeitsloser nicht aufbürden lassen, sahen sich aber jetzt doch genötigt, Arbeitslosenversicherung in vier Klassen einzuführen.

Die Bäcker ließen sich durch die guten Erfahrungen, welche einzelne Filialen mit solchen Unterstützungen gemacht hatten, ebenfalls herbei, mit dem 1. Januar Unterstützung bei Arbeitslosigkeit in drei Klassen einzurichten. Merkwürdig muß es berühren, daß gerade die in Konsumvereinen beschäftigten Bäcker es waren, welche gegen die Unterstützungen auftraten, da sie in ihren ver-

hältnismäßig gesicherten Stellungen eine Arbeitslosigkeit nicht zu befürchten haben.

Die Maler sind in ihren Bestrebungen, solche Unterstützung einzuführen, bisher nicht erfolgreich gewesen. Nur durch eine Resolution wurde eine prinzipielle Zustimmung auf dem letzten Verbandstag ausgesprochen.

Ähnliche Stellungnahme erklärten auch die Zimmerer, die Einführung sollte von einer in diesem Jahre stattfindenden Urabstimmung abhängig gemacht werden. Da dieselbe aber in der Hochsaison veranfaßt wurde, daher alle Kollegen beschäftigt waren, erfuhr der Antrag mit 8183 gegen 3577 Stimmen seine Ablehnung.

Trotzdem durch eine Umfrage bei den Töpfern eine normale Arbeitslosigkeit von 32 1/2 Tagen pro Mitglied ermittelt wurde, beschloß die letzte Generalversammlung, weiteres Material zu sammeln und dann eine Urabstimmung darüber entscheiden zu lassen.

Obwohl die Maurer bis jetzt die entschiedensten Gegner der Arbeitslosenversicherung waren, mehrten sich doch jetzt die Stimmen, die eine solche fordern und ist auch wohl zu hoffen, daß mit der Weiterausdehnung der Tarifverträge die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung Hand in Hand gehen wird.

Andere Gewerkschaften, wie Bauhilfsarbeiter, Tapezierer, Tabakarbeiter und Fabrikarbeiter wurden teils durch die notwendige Erhöhung der Beiträge, teils durch andere Ursachen von der Einführung abgehalten.

Die Leistungen der einzelnen Gewerkschaften ausführlich zu schildern, würde zu weit führen. Bemerkenswert sei nur noch, daß wir Buchbinder nach der Durchschnittssumme pro Mitglied mit 1,57 Mk. an neuer Stelle stehen; bei dem Prozentsatz, welchen die Arbeitslosenversicherung von den Gesamtausgaben betragen, stehen wir 1899 mit 20,40 Prozent an fünfter, 1900 mit 10,76 Prozent an vierzehnter Stelle.

Interessant sind noch die Ausführungen über die in den Gewerkschaften mit oder ohne Arbeitslosenversicherung zu bemerkende Mitgliederfluktuation. Das Material ist freilich wenig stichhaltig, so wird beispielsweise für den Buchbinderverband die Zahl der Eingetretenen auf 85 086 angegeben, die Ausgetretenen werden mit 70 778 aufgeführt. Diese Zahl erscheint auf den ersten Blick als ungläubwürdig und ist es auch in der Tat. Die Verfasserin gibt selbst die Zahl der Buchdrucker in Deutschland auf 40 000 an; darnach müßte, wenn die Zahl der bei dem großen Streik 1891 verbliebenen 14 000 Mitglieder von der heutigen Gesamtmitgliedszahl abgezogen wird, jeder deutsche Buchdrucker drei bis viermal ein- und ausgetreten sein. Wenn man ferner in Erwägung zieht, daß der Mitgliederstand im Buchdruckerverband, als der straffesten Organisation, unbedingt als der stabilste bezeichnet werden muß, so muß es geradezu als ein straflicher Leichtsinns bezeichnet werden, solche Zahlen einer Statistik zu Grunde zu legen. Der Buchdruckerverband hat auch für diese merkwürdige Erscheinung eine Erklärung veröffentlicht. Darnach betrug die Zahl der Neueingetretenen 23 667, der Wiederaufgenommenen 7594, 1586 sind gestorben, 564 invalid geworden, ausgeschlossen sind 7319 und ausgetreten 2919; ergibt einen Abgang insgesamt von 12 238 Mitgliedern.

Die von der Verfasserin angegebenen 70 778 Ausgetretenen sind durch die An- und Abmeldung der Mitglieder bei Ortswechsel derselben entstanden, ein Versehen, das in einer solchen Statistik nicht hätte vorkommen dürfen und durch das sich die Verfasserin ins eigene Fleisch geschnitten hat. Ihr Beweis, daß die Mitgliederfluktuation in Gewerkschaften mit Arbeitslosenversicherung bedeutend geringer ist, wäre dadurch viel wichtiger ausgefallen und hätte nicht so ein klägliches Resultat ergeben. Die Zahlen unserer Gewerkschaft scheinen auch nicht ganz zutreffen; die genaue Feststellung ist aber nur jemand möglich, dem die Bücher des Hauptvorstandes zur Einsicht vorliegen. Auch in der Prozentangabe der Organisierten in unserer Branche ist der Verfasserin ein Versehen unterlaufen. Die Prozentzahl der unfexen Beruf angehörigen Organisierten wird mit 28,64 Prozent angegeben, während dieses doch die Ziffer der männlichen Mitglieder ist, die der weiblichen beträgt nur 22 Prozent; der Durchschnitt stellt sich auf 24,6 Prozent.

Es wird sich aus dem Gesagten die Notwendigkeit ergeben, die Zahlen aller Gewerkschaften einer genaueren Nachprüfung zu unterziehen und dieselben nicht so unkontrolliert als Material zu verwenden. Auch in technischer Hinsicht wäre der fleißigen Arbeit eine größere Sorgfalt zu wünschen gewesen; eine Neubearbeitung wird dem Werke erst den vollen Wert geben und seine Brauchbarkeit erhöhen im Dienste der Allgemeinheit zum Besten der industriellen Reservearmee.

## Zur Krankenkassenfrage.

Es ist gewiß vielen Kollegen aufgefallen, daß entgegen den im Verband früher geltenden Ansichten seit einer Reihe von Jahren dem Unterstützungswesen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, und daß besonders das Krankenkassenwesen sich dieser Bevorzugung erfreut. Ich gestehe, mir kommt es vor, als wenn nicht nur die Gewerkschaft der Buchbinder, sondern auch viele andere Gewerkschaften ein Zugmittel brauchen. Nicht bloß seitens der leitenden Kreise, sondern besonders infolge des Verlangens der Kollegen, für die einbezahlten Pfennige möglichst viel materiellen Vorteils zu erlangen, macht sich das Verlangen nach neuen Unterstützungen bemerkbar. So will es unsere materielle Zeit! Ideale, selbstlose Opferwilligkeit kennt dieselbe nicht mehr, wenigstens nicht mehr in dem Maße, wie in den ersten Jahren des Verbandes.

Doch nun zur Sache. Die Verschmelzung der Zentralkrankenkasse mit dem Verband kann als gescheitert betrachtet werden — was ein Glück ist. Denn erstens würde eine gute Kasse zerstört und an ihre Stelle käme eine andere, von der niemand weiß, ob dieselbe gleich gut wird; zweitens würden viele langjährigen und zum Teil jetzt alten Mitglieder ihrer Rechte verlustig; drittens wären viele, die in der Zentralkrankenkasse einfach gesetlich versichert sind, gezwungen, sich doppelt zu versichern, denn eine, dem § 75 entsprechende Hilfskasse wird der Verband nicht gründen. Deswegen ist auch die Idee zu verwerfen, daß neben der Zentralkrankenkasse der Verband eine eigene Krankenkasse gründen will, denn für viele wird es nicht möglich sein, die Beiträge für den Verband, und extra noch für Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung zu bezahlen, und gewiß wird deshalb mancher dem Verband den Rücken kehren.

Nun heißt es aber doch auch etwas zu schaffen zum Nutzen der Krankenkassen- und Verbandsmitglieder. Und da komme ich ebenfalls auf die Gründung einer Invalidenkasse. Wenn einmal gegründet sein muß, so wäre das eine Sache, wo diejenigen, die hierzu mithelfen, den Dank der Alten gewiß sind, und auch den der Jungen später ernten werden.

Betrachten wir nur einmal, wie viele alte Kollegen sich in den Geschäften herumplagen müssen, wennschon man sie gerne entbehrte; die jüngeren können oft nicht vorwärts kommen und finden keine Stelle, und für die alten wäre es gut, wenn sie einige Jahre ruhig leben könnten und nicht arbeiten müßten bis zum letzten Stündchen. Wie gut täte es denjenigen, die infolge Krankheit invalid sind und zu der staatlichen Versicherung noch einen Zuschuß erhielten? Und auch für den Altersrentner — wenn, wie ich hoffe, die Grenze von 70 auf mindestens 60—65 Jahre herabgesetzt wird — ist es auch eine willkommene Zutat. Das ist aber sicher, daß eine solche Einrichtung für den Verband von größtem Nutzen wäre und die Mitglieder bis in das hohe Alter an denselben fesseln würde. Also, auf zur Gründung einer Invalidenkasse — und zwar bald!

Nun möchte ich aber auch noch meine Meinung zur Krankenkassenfrage selbst äußern. Und die geht dahin, daß die Zentralverwaltung der Krankenkasse prüfen möge, ob nicht eine Annäherung an den Verband möglich ist, und zwar, wenn man

1. den § 2 des Krankenkassenstatuts ändert und auch Arbeiterinnen in unsere Kasse aufnimmt (wenn es gesetzlich angängig) mit Beibehaltung der Altersgrenze. Ferner die Aufnahme nicht mehr von einer ärztlichen Untersuchung abhängig macht, sondern nur in dem Falle, wenn der Aufnahmesuchende tatsächlich krank ist, die Aufnahme nicht stattgibt, denn es ist erwiesen, daß viele Zu-

rückgemessene in ihrem Leben weniger krank wurden, als solche mit gutem ärztlichen Zeugnis.

2. den § 7 ändert, indem man die vierte Klasse aufhebt oder eine neue für die weiblichen Mitglieder anfügt mit besonderer Beitragsleistung, ferner auch dem §§ 8 und 10 den weiblichen Mitgliedern entsprechende Bestimmungen anfügt.

Würde eine Aufnahme weiblicher Mitglieder gesetzlich oder finanziell nicht möglich sein, dann könnte der Verband recht gut eine Krankenkasse für seine weiblichen Mitglieder ins Leben rufen, und wenn auch ein Zuschuß von Seiten der Verbandskasse notwendig würde. Die vielgepriesene Solidarität der Arbeiter wird doch bei den Buchbindern nicht abhanden gekommen sein vor lauter Materialismus und werden dieselben doch einige Mark übrig haben für ihre Kolleginnen? — Ein Anschluß der weiblichen Mitglieder des Verbandes an die Krankenkasse für Frauen Deutschlands in Offenbach wird jedenfalls nicht möglich sein.

3. Als Hauptpunkt müßte in dem Statut festgelegt werden, daß mit Inkrafttreten der notwendigen Änderungen — deren es noch manche geben wird — nur Verbandsmitglieder in der Zentralkrankenkasse Aufnahme finden. Zugleich müßte aber auch im Verbandsstatut bestimmt werden, daß jedes Mitglied der Zentralkrankenkasse beitreten muß, dem es die Bestimmungen des § 2 des Krankenkassenstatuts gestattet. Es ist das freilich eine Hintertüre für solche, die nicht gerne in dem Verband, aber doch in der Zentralkrankenkasse wären, da nach zweijähriger Mitgliedschaft in der Zentralkrankenkasse ein Mitglied derselben nicht mehr ausgeschlossen werden kann wegen Nichtzugehörigkeit zu einer anderen Vereinigung, die nicht den Zweck der Krankenunterstützung hat.

Wenn aber der Verband Invalidenunterstützung einführt, wird die Zahl derer, die auf Grund des oben angeführten dem Verband Walet sagen und nur Krankenkassenmitglieder bleiben, gering sein; solche werden überhaupt nicht eintreten. Selbstverständlich ist, daß allen bisherigen und noch jetzt eintretenden Mitgliedern der Zentralkrankenkasse ihre Rechte an dieselben gewahrt bleiben müssen, auch wenn sie nicht in den Verband eintreten. Alles dieses kann sich nur auf die später, nach vollzogener Aenderung Eintretenden beziehen. Darum: Prüft Alles und das Beste behaltet.

Stuttgart.

N.

### Jahresbericht des Gau's XIV.

Einen vollständigen Jahresbericht zu geben ist uns nicht möglich, da wir trotz mehrmaliger Auforderung von einzelnen Orten keine Berichte erhalten konnten. Unsere Agitation richtete sich hauptsächlich auf die größeren Städte Mülhausen, Metz, Kolmar und Straßburg.

In Mülhausen waren schon des öfteren einzelne Verbandsmitglieder zugereist; unsere Hoffnung, dadurch in besserer und fester Verbindung bleiben zu können, wurde aber immer wieder vernichtet, weil dieselben nach einigen Wochen Beschäftigung dann wieder abreisten. Wir wandten uns nun an das Gewerkschaftskartell, welches auch unserem Besuch nachkam und am 17. November eine öffentliche Buchbinderverammlung einberief, in welcher Kollege Dietrich referierte. Leider war die Versammlung zu spät bekannt gemacht, weshalb nur wenige Kollegen in der Versammlung erschienen und dadurch dieselbe ohne Erfolg blieb. Hierauf sollte eine zweite Versammlung einberufen werden, was aber vom Kartell unterlassen wurde. Einen Bericht konnten wir bis heute noch nicht bekommen, auch keine Rechnung über die Unkosten. Nachdem tauchte dort einmal ein Verbandsmitglied auf; als wir dasselbe mit der Agitation beauftragen wollten, reiste es wie seine Vorgänger ab. Es wird uns jetzt nichts weiter übrig bleiben, als daß wir selber hinreisen und uns über die Verhältnisse zu orientieren suchen, um in eine kräftigere Agitation eintreten zu können. Laut Statistik sollen dort über 100 Buchbinder beschäftigt sein. Ich glaube aber, solange wir keine Krankenunterstützung im Verband eingeführt haben, solange wird es dort schwer halten, festen Boden zu fassen; denn aus dem Verband ausgeschlossene Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker haben einen Lokalverein gegründet, dem auch sehr viele Buchbinder angehören. Bei

Krankheit oder Arbeitslosigkeit erhalten dessen Mitglieder täglich 1 Mk. Unterstützung. Dieses ist und wird ein Hemmschuh für unsere Organisation in Mülhausen bleiben.

In Kolmar sind in der Regel 10—12 Buchbinder beschäftigt, und war auch ein Verbandsmitglied längere Zeit dort tätig. Es wurden verschiedene Privatversammlungen abgehalten, aber alle ohne Erfolg. Am 17. November fand eine Privatversammlung statt, in welcher Kollege Dietrich referierte. In dieser Versammlung erschienen 6 Buchbinder, welche versprochen, in einer späteren Sitzung noch einmal zu besprechen. Vom Kartellvorsitzenden wurde eine zweite Besprechung einberufen, wo nur noch 4 Buchbinder erschienen, und in der dritten erschienen gar nur noch 2, welche nicht für den Verband zu gewinnen waren. Unter diesen Umständen sah sich der Kartellvorsitzende veranlaßt, von einer weiteren Agitation abzusehen. Es wird auch hier nicht eher etwas zu machen sein, bis ein agitatorischer Kollege dort in Stellung tritt.

Metz hat zusammen mit Druckereien und Kartonnagenfabriken 25 Betriebe, mit 25 Arbeitern, 15 Arbeiterinnen und 3 Lehrlingen, welche zusammen mit 65 Maschinen arbeiten. Hier waren schon verschiedene Einzelmitglieder beschäftigt, aber leider war es denselben auch nicht möglich, weitere Mitglieder zu gewinnen. Sämtliche nach dort gesandten Agitationschriften und Mahnrufe blieben ohne Erfolg. Die meisten Kollegen halten es überhaupt nicht für nötig zu antworten. Durch die Mitarbeit des Kollegen Danner und des Vertrauensmannes der Zentralkommission Weiler sollte im November eine öffentliche Versammlung einberufen werden. Weiler versprach alles zu besorgen, und die Versammlung einzuberufen, aber am selben Tage, wo wir das Agitationsmaterial nach dort sandten, brannte Weiler mit 3—400 Mk. Kartellgeldern durch und die Versammlung wurde nicht einberufen. Das Material liegt jetzt beim Kartellvorsitzenden, welcher bis jetzt noch keinen Versuch zur Agitation gemacht hat. Wollen wir in Metz etwas erreichen, so müssen wir auch dorthin reisen, um uns über die Verhältnisse zu orientieren. Denn mit der schriftlichen Agitation ist im Gau XIV nichts zu erreichen. Die Arbeitszeit in Metz ist in Buchbindereien 11 Stunden, in Druckereien 10—11 1/2 Stunden, die Löhne schwanken zwischen 12 und 24 Mk., am meisten wird 18—22 Mk. bezahlt. Sämtliche Feiertage werden abgezogen. Hier ist also noch sehr viel zu verbessern.

In Mörchingen, Dieuze, Saargemünd und Bischweiler waren noch Einzelmitglieder. Von anderen Orten war bis jetzt durch schriftliche Agitation kein Erfolg zu verzeichnen. In Straßburg selber geht es langsam vorwärts.

Zum 11. Oktober hatten wir sämtliche Mitglieder im Gau zu unserem Stiftungsfeste eingeladen, und hieran anschließend sollte am 12. Oktober ein Goutag stattfinden. Leider waren die Einzelmitglieder verhindert zu erscheinen, und mußte von einem Goutage abgesehen werden.

Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 1901: 7 Mitglieder, eingetreten sind 2, zugereist 5, abgereist 8, somit bleibt am Schlusse des Jahres 1902 ein Bestand von 6 Mitgliedern. Der Rassenbericht ist folgender: Einnahme der Verbandskasse 137,91 Mk., Ausgabe 107,30 Mk., bleibt ein Bestand von 30,61 Mk. Einnahme der Lokalkasse 31,50 Mk., Ausgabe 31,76 Mk., infolge dessen war ein Defizit von 26 Pfg. zu verzeichnen.

An Postfächer gingen 101 Briefe und Postkarten, 25 Postanweisungen und 4 Druckfächer ein. Abgegangen sind 174 Briefe und Postkarten, 338 Druckfächer und 3 Pakete.

Unsere Aufgabe wird es jetzt sein, mehr im Gau zu reisen und Versammlungen einzuberufen, dieses wird das einzige Mittel sein, mehr Fühlung mit den einzelnen Orten zu bekommen, und ist es Pflicht der Einzelmitglieder, uns in der Agitation zu unterstützen und selbst mit zu arbeiten, nur dann können wir zu unserem Ziele gelangen.

Straßburg i. El.

Paul Zabel.

### Korrespondenzen.

Erlangen. Über die Portefeuille- und Kartonnagenfabriken von Chr. Feldmann & Co., Sedamstraße, und Wilhelm Dieb, Ringstraße, ist die Sperre

verhängt. Zugug von Pressern, Buchbindern, Portefeuillen und Kartonnagenarbeitern ist unbedingt fernzuhalten!

Offenbach a. M. Zugug von Buchbindern, Portefeuillern, Galanterie- und Kartonnagenarbeitern nach der Firma J. F. Diezel in Offenbach a. M. ist streng fernzuhalten!

München. Das war eine Freude, unserer Mitgliederversammlung am 28. März anzuwohnen! Zahlreicher Besuch, wie wir ihn seit der Zeit der Lohnbewegung nicht mehr, besonders von Seiten der älteren Kollegen nicht mehr gesehen haben, dazu eine interessante Debatte, an welcher sich viele Redner beteiligten, war die Folge der aktuellen Tagesordnung, auf welcher als erster Punkt „Verschmelzung der Krankenkasse mit dem Verband“ stand.

Als Referent fungierte Dietrich, welcher in ausführlicher und objektiver Weise das Thema behandelte. Dietrich führte ungefähr aus: Bevor wir über die Verschmelzung der Krankenkasse mit dem Verband reden, ist es notwendig zuerst die Frage zu beantworten: „Ist es möglich, eine Verschmelzung herbeizuführen?“ welche entschieden zu verneinen ist. Um die notwendige Liquidation der Krankenkasse herbeizuführen, müßte auf der Generalversammlung eine 2/3-Majorität für die Auflösung stimmen, diese aber würde nie zu stande kommen. Redner bespricht dann die Frage, ob wir im Verband bei einer Verschmelzung in der Lage wären, dieselben Unterstützungen zu leisten wie die Krankenkasse. Auch dies müßte verneint werden, weil wir alle, Gesunde und Kranke, aufnehmen müßten, dadurch würde ein viel größerer Beitrag, als er jetzt in beiden Institutionen bezahlt wird, notwendig werden, weil wir eben eine hohe Mehrbelastung auf uns nehmen müßten. Es wäre zwar wünschenswert, wenn eine Verschmelzung dem Verband mehr Mitglieder zuführen würde, doch ist eine Verschmelzung eben nicht durchführbar. Wenn zum Beispiel ein großer Streik ausbricht, welcher das ganze Verbandsvermögen verschlingt, so hätten die Kranken das Nachsehen. Die außerordentlich hohen Verwaltungskosten für Beamte, die notwendige Kontrolle, welche auch hohe Kosten verursachen würden, ständen in keinem Verhältnis zu den Einnahmen. Wir dürfen nicht an eine Erbschaft beim Tode der Krankenkasse denken, weil eben im Falle der Liquidation die Mitglieder derselben über das Vermögen selbst entscheiden; ob aber dieselben alle den auf sie fallenden Anteil dem Verband geben, müßte bezweifelt werden. Wir müßten erst anfangen einen entsprechenden Reservefonds zu sammeln, welcher allen Anforderungen stand hält. Mit den weiblichen Mitgliedern müßte gerechnet werden, welche überall in den Ortskassen einen prozentual höheren Krankenstand aufweisen als die Männer. Wir können zu denselben doch nicht sagen: ihr dürft dem Verband nicht beitreten, weil ihr mehr krank werdet; die Krankenunterstützung müßte doch obligatorisch eingeführt werden, andernfalls ist sie nicht lebensfähig. Aus all diesen Gründen sei von einer Verschmelzung abzusehen. Wenn wir aber gegen diese sind, so sollen andere Vorschläge gemacht werden. Solche wurden schon gemacht, und werden unbedingt den nächsten Verbandstag beschäftigen müssen. Referent geht auf ein diesbezügliches Referat ein, welches Dürr gehalten hat und in Nr. 10 unseres Organs veröffentlicht wurde. Die Berechnungen Dürrs enthalten ebenso einer Grundlage, wie die beim Staffelpbeitrag. Es wird wohl gesagt, was die Suppe kostet, jedoch vom Keller, auf welchem sie serviert wird, spricht niemand. Es fehlen im Referat Dürr die ganzen enormen Verwaltungskosten, welche durch Einführung einer Krankenunterstützung entstehen. Ueberhaupt möchte Redner von einer solchen absehen. Die jungen Kollegen sagen sich: mir genügt eine Krankenkasse, und haben deshalb kein Interesse an hohen Beiträgen, sie kehren dann dem Verband den Rücken. Es müsse an den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gedacht werden, ein Sterbegeld zc. zc. eingeführt werden. Dies alles ist bei einer nicht zu hohen Beitragsleistung durchführbar, und würde dem Verband mehr nützen als Krankenunterstützung. Er legte das Resultat seines Referats in folgender Resolution nieder:

Die heutige Mitgliederversammlung der Zählstelle München hält eine Verschmelzung der Zen-

tralkrankenkasse mit dem Verband auf absehbare Zeit für untunlich und eine dahingehende Bewegung völlig aussichtslos. Die Versammlung erklärt, daß eine Krankenunterstützung durch den Verband zwar wünschenswert, jedoch der hohen Kosten und der Eigenart dieses Unterstützungszweigs halber kaum in zweckentsprechender Weise durchführbar sei, und glaubt, daß die Einführung eines Sterbegeldes, sowie der Ausbau der gegenwärtigen Unterstützungszweige für die Mitglieder des Verbandes wertvoller seien, als jedes Experimentieren mit dem Versuch einer Krankenunterstützung.

Dem mit reichem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine lebhafte Debatte, an welcher sich 10 Kollegen, davon mehrere wiederholt beteiligten. Binner tritt ebenfalls für die Einführung von Sterbegeld ein, meint aber, daß eine Verschmelzung doch kommen wird und muß, er wünscht, daß die Sache vorläufig zur Ruhe komme, später jedoch wieder aufgegriffen werden soll. — Schuhmacher stimmt ganz dem Referat bei. — Moses, welcher Delegierter auf der Generalversammlung der Krankenkasse war, meint, daß eine Verschmelzung sehr wohl möglich sei, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre, jedoch fehle derselbe bei den leitenden Personen der Krankenkasse. Es solle deshalb ein Konkurrenzunternehmen geschaffen werden und im Verband Krankenunterstützung eingeführt werden, dann wird die Krankenkasse von selbst aufhören zu leben. Er bittet, die Resolution Dittrich abzulehnen und eine andere, seinem Sinne entsprechende anzunehmen. — Josef Mayer ist gegen eine Verschmelzung, weil wir dann alles im Verband aufnehmen müßten, was jetzt in der Krankenkasse sei, wogegen wir uns jetzt strengstens verwahren würden, wir haben in München Beispiele genug, wo sich Mitglieder der Krankenkasse dem Verband gegenüber gehörige Fehler zu schulden kommen lassen, diese müßte man alle aufnehmen. Ein weiterer Grund gegen die Verschmelzung ist der, daß den Mitgliedern der Krankenkasse ein klagbares Recht zustände, um die Unterstützungen zu erhalten, denen des Verbandes aber nicht. Den alten Kollegen müsse doch eine Garantie geboten werden für den hohen Beitrag von 70—80 Pf., welcher bei der Verschmelzung notwendig ist, daß sie auch ihrer Rechte gesichert sind, dies könne der Verband nicht. Ebenso könnten wir von den schlechtbezahlten Kollegen keine so hohen Beiträge verlangen. Redner tritt für die Aufstellung Dittsch ein und meint, daß dieselbe eine gute Grundlage bildet, aus welcher vieles geschaffen werden kann. Betreff der Sterbegelder verweist er auf einen diesbezüglichen Antrag des Verbandsvorstandes, welcher auf dem letzten Verbandstag mit nur geringer Majorität durchfiel, der nächste Verbandstag wird hoffentlich dafür stimmen. Die Resolution Dittrich bittet er anzunehmen. — Hornikel ist für die Verschmelzung, doch müsse eine getrennte Verwaltung geschaffen werden. Den alten Mitgliedern soll der Eintritt in den Verband frei bleiben, die neuen würden jedoch gezwungen, beiden Institutionen beizutreten. Die Resolution Dittrich bittet er abzulehnen. — Bohnert hält eine Verschmelzung für nicht durchführbar, jedoch müßten andere Unterstützungen geschaffen werden, z. B. Invalidentgeld, Krankenzuschuß u. s. w., weil die Alten immer sagen, sie haben nichts vom Verband. Redner ist für die Resolution Dittrich. — Thalheim ist gegen Verschmelzung aber für Einführung von Krankenunterstützung.

Mittlerweile verliest Binner folgende von ihm gestellte Resolution, welche mit zur Debatte kommt: „Die heutige Versammlung erklärt, daß im allgemeinen die Verschmelzung im Interesse des Verbandes zu wünschen sei. Da aber in jetziger Zeit dieselbe nicht ausführbar erscheint, so richtet sie an den Verbandsvorstand sowie Ausschuß das Ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht von seiten des Verbandes weitere Schritte in dieser Angelegenheit anzubahnen sind, beziehungsweise ersucht beide Körperschaften, dem nächsten Verbandstag die Frage einer Krankenunterstützung im Verband zu unterbreiten.“

Schumacher ist gegen die Resolution Binner. — Bauer führt an, daß eine Krankenunterstützung im Verband eingeführt werden muß, um den alten Kollegen etwas zu bieten. Eine Invaliden- und Witwen- und Waisenerversicherung könne bei einem

entsprechenden Beitrag und einer Karenzzeit eingeführt werden. Die Resolution Binner bitte er anzunehmen. — Kratsch bemerkt, daß er und Moses vor zehn Jahren, als sie die Umwandlung der Krankenkasse in eine Zuschußkasse beantragten, als Hochverräter hingestellt wurden; wäre die Umwandlung geschehen, könne heute ohne weiteres eine Verschmelzung eintreten. Vor Einführung der Invalidenunterstützung müsse die Krankenunterstützung durchgeführt werden. Redner tritt für hohe Beiträge ein und für Erweiterung des Unterstützungswesens und meint, daß die Zeit vorbei sei, wo wir ohne Unterstützungen bestehen können. Redner ist gegen die Resolution Dittrich. — Hans Meier schließt sich den Ausführungen Hornikels an.

Dittrich ergriff hierauf das Schlußwort, um die einzelnen gegenteiligen Ansichten zu widerlegen, er tritt nochmals für Ausbau des Unterstützungswesens, jedoch ohne Krankenunterstützung, ein. Die Abstimmung ergab die Annahme der Resolution Binner mit großer Majorität. Die Münchener Zahlstelle ist also für die Verschmelzung.

Hierauf erjucht Sturm, in den Werkstuben eine rege Agitation zu entfalten und darauf hinzuwirken, um den Arbeitsnachweis der Innung mit dem unserigen zu verbinden. Auf ersteres antwortet Binner, daß die Lohnkommission sowieso schon Werkstubenversammlungen einberuft, jedoch lassen dieselben zu wünschen übrig, da die Kommission schon einmal allein in dem betreffenden Lokal war. Betreffs des Arbeitsnachweises können wir nichts unternehmen, weil die Innung nicht genügend stark ist.

Binner macht darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit ein Gesellenausschuß zur Innung gewählt werden muß und bittet um Angabe von Adressen der bei Innungsmeißern stehenden Kollegen. Des weiteren teilt er mit, daß Genosse Maurer am 10. April über die „heilige Inquisition“ sprechen wird. Hierauf erfolgte Schluß der von ca. 100 Kollegen besuchten gut verlaufenen Versammlung. Hoffen wir, daß die Mitglieder auch bei anderen Anlässen ein solches Interesse am Verbandsleben haben. Daß sie es haben können, hat diese Versammlung gezeigt.

**Duisburg-Ruhrort.** Nach langer Zeit kommt auch unsere Zahlstelle einmal dazu, etwas von sich hören zu lassen. Es ist schon viel darüber gesprochen worden, daß die Zahlstelle Duisburg-Ruhrort so ganz in Vergessenheit dahin lebe; das hat jedoch in der Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen seinen Grund, was man schon daran sehen kann, daß von drei Mitgliederversammlungen wegen schlechtem Besuch nicht eine abgehalten werden konnte; ja, sogar unsere letzte öffentliche Versammlung, in welcher Bruns-Solingen als Vertreter für Grönhoff-Elberfeld das Referat übernommen hatte, war so schlecht besucht, daß von den Unorganisierten es keiner, von den Verbandsmitgliedern nur circa die Hälfte für nötig gefunden hatte, zu erscheinen, und doch wäre das Erscheinen zu dieser Versammlung Pflicht eines jeden Kollegen gewesen, zumal das Referat die Berufsverhältnisse hiesiger Gegend betraf.

Der Referent sprach über das Thema: „Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe in Rheinland und Westfalen und der Zweck des Tarifs“. Redner warf zunächst die Frage auf: Wie können wir die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Rheinland und Westfalen verbessern? Er griff auf die Zeit bis zum Jahre 1895 zurück, wo von 7000 Berufsangehörigen ca. 400 organisiert waren. In jüngster Zeit seien jedoch einige Erfolge erzielt worden, indem die Zahlstellen Krefeld und München-Glabbad gegründet wurden. Wir dürfen deshalb aber nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen gerade die augenblickliche Krise benutzen, um kräftiger und energischer zu agitieren, da jetzt wohl der indifferenteste Kollege einsehen müsse, daß es heute keine sogenannten Lebensstellungen mehr gebe. Redner gab dann einige Beispiele, wie der Verband auch schon in Rheinland und Westfalen etwas erreicht habe, so in Dortmund, wo durch das gute Zusammenhalten der Kollegen ein Minimallohn von 22,50 Mk. geschaffen wurde, welcher bisher in keiner sonstigen Stadt des X. Gaus erreicht wurde; auch in Solingen, wo im Jahre 1898 noch keine Organisation bestand und eine Arbeitszeit von

10 bis 11 1/2 Stunden vorherrschend war, haben durch Gründung einer Zahlstelle und durch die Lohnbewegung 1900 einige Verbesserungen Platz gegriffen, so wurde eine Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden und ein Minimallohn von 21 Mk. eingeführt, außerdem wurde dort ein Arbeitsnachweis eingerichtet; hierbei empfahl Redner einer jeden Zahlstelle, möglichst einen Nachweis einzuführen. Auch unter den Arbeiterinnen müsse in unserem Gau fleißig agitiert werden, um dieselben in den Verband zu bekommen, da in der heutigen Zeit die Technik so weit vorgeschritten sei, daß bei Lohnbewegungen uns die Arbeiterin in den Rücken fallen könne, wodurch ein Erfolg, wenn nicht gar vereitelt, so doch wenigstens behindert würde; in nächster Zeit wird eine Referentin unsere Zahlstellen im Gau besuchen.

Zum Schluß weist Referent noch darauf hin, daß am 31. August d. J. der Tarif abläuft und daß die Prinzipale vorhaben, denselben um 10 Prozent zu kürzen. Er fordert deshalb die Kollegen auf, bis dahin fleißig zu agitieren und fest zusammenzuhalten, damit der Tarif nicht verschlechtert, sondern möglichst verbessert wird.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, sowie auch der Genosse Wittmann vom Steinarbeiterverband, welche sich alle den Ausführungen des Referenten anschlossen.

Nachdem der Vortrag beendet war, kam noch ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes zur Verlesung und wurden die darin gestellten Fragen beantwortet.

Zum Schluß wurde, da ja doch nur Verbandsmitglieder anwesend waren, zur Wahl eines neuen Vorstandes geschritten. Da der frühere Vorsitzende den Ort verlassen hat, wurde Arnzen dazu einstimmig gewählt, Kassierer blieb Sichelmann und Schriftführer Hoffmann; zum Bibliothekar wurde Eiben und zum Revisor Felsentreu gewählt.

Hoffen wir nun, daß auch jetzt die Kollegen der Zahlstelle Duisburg-Ruhrort ihre Interessenslosigkeit ablegen und fleißig agitieren helfen, damit uns die Prinzipale, falls es zum Kampfe kommt, gewappnet finden.

**Hannover.** Die Mitgliederversammlung am 14. März befaßte sich zunächst mit der Regelung des Arbeitsnachweises. Ein neues Arbeitsnachweisreglement, welches Drews ausgearbeitet hatte, wurde, nachdem die Versammlung mit den einzelnen Bestimmungen sich beschäftigt hatte, angenommen. Zu einem gemeinsamen Arbeitsnachweis der Innung und der Hilfsorganisation haben wir es in Hannover noch nicht gebracht, wegen des ablehnenden Standpunktes, den die Innung in dieser Frage einnimmt. Der Herr Obermeister gab in einer Innungsversammlung die Erklärung ab, daß die Innungsmeister den Arbeitsnachweis und damit die Macht nicht aus den Händen geben wollen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, den Arbeitsnachweis der Zahlstelle mehr zu benutzen, wie es in letzter Zeit geschehen ist, und auch die angebotenen Stellen aus den Nachbarstädten, wenn dieselben annehmbar sind, zu befragen. Es ist schon oft vorgekommen, daß angebotene Stellen nicht besetzt werden konnten, trotzdem sich hier am Orte immer arbeitslose Kollegen befinden, weil dieselben sich nicht beim Nachweis anmelden.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, eventuelle Einführung einer lokalen Extrasteuer, ergab einen regen Meinungsaustrausch. Verschiedene Redner wiesen darauf hin, wie wichtig ein großer Lokalfonds ist, wenn wir, wie z. B. hier am Orte, einer größeren Lohn- und Tarifbewegung entgegen gehen. Andererseits wurden auch Bedenken gegen eine Extrasteuer laut, indem angeführt wurde, daß, um eine größere Summe zusammen zu bringen, ein längerer Zeitraum für die Erhebung derselben nötig sei. Dann wurde auf die schlechten Erfahrungen hingewiesen, die wir mit dieser Sache vor einigen Jahren in Hannover gemacht haben. Die Versammlung kam schließlich zu dem Ergebnis, die Frage, ob eine Lokalextrasteuer erhoben werden soll, in Werkstubenversammlungen zur Sprache zu bringen, um die Ansicht der Verbandsmitglieder darüber zu erfahren.

### Rundschau.

\* Im Ausland in Erlangen ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Das Fabrikinspektorial versuchte eine Vermittelung herbeizu-

führen, die jedoch an der Starrköpfigkeit des Herrn Feldmann scheiterte.

\* **Nachahmungswert.** Man schreibt uns: Das Personal der Buchbinderei „Union“ Stuttgart hat durch seinen Arbeiterausschuß in Verbindung mit den Buchdruckern vor Jahresfrist ein Gesuch an die Direktion eingereicht um Gewährung von Ferien. Die Firma ist anerkannter Weise den Arbeitern insoweit entgegengekommen, daß nunmehr an die 10 resp. 15 Jahre beschäftigten Buchbinder und Buchdrucker alle zwei resp. jedes Jahr eine Ferienwoche bewilligt wurde. Als einheitlicher Lohnsatz kommt für diese Woche der Betrag von 26 Mk. 44 Pf. in Betracht. Trotz der hohen Karenzzeit kommen vorerst etwa 32 Buchbinder und 130 Buchdrucker in Betracht. Wenn des weiteren noch in Ermägung gezogen wird, daß an alle Beschäftigten jedes Jahr noch eine Remuneration, Buchbinder 20 Mk., Arbeiterinnen 10 Mk., verabfolgt wird und genannte Firma sowohl bei der Bewegung 1896 und 1900 es verstanden hat, durch gütliche Auseinandersetzung einer Arbeitseinstellung zu begegnen, so verdient dieses gerechterweise auch die Anerkennung unseres Verbandes. Mehr wie wünschenswert wäre es allerdings, wenn das Entgegenkommen der Firma bei den Ferien auch auf die Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter ausgedehnt würde; es ist zu hoffen, daß dieses noch nachgeholt wird. — Leider muß aus diesem Anlaß von dem übereifrigen Gebaren einzelner Arbeiterinnen berichtet werden, welche nun glauben, ihre getäuschten Hoffnungen an den Kollegen und an dem Verband rächen zu müssen. Unbegreiflich erscheint, wie sich bereits 5 Verbandskolleginnen von Nichtverbandsmitgliedern bearbeiten ließen, dem Verband den Rücken zu kehren, welche aber, als Kuriosum sei es angeführt, erst kurze Dauer im Geschäft tätig sind und überhaupt nicht wissen, ob sie jemals in den Genuß von Ferien, bei der jetzigen Karenzzeit, gelangen können. Mit aller Entschiedenheit muß darauf verwiesen werden, daß die Arbeiterinnen zum mindesten viel eher ihre Wünsche erfüllt sehen werden, sofern sie das Vertrauen den Personen entgegenbringen, die jederzeit auch für die Arbeiterinnen eingetreten sind. Wie hier, so kann man auch anderwärts bei den verschiedensten Anlässen die Ungezogenheit wahrnehmen, daß von Seiten der Nichtverbandsmitglieder auch alles, und seien es auch nur die geringsten Kleinigkeiten, benützt wird, den Verband zu schädigen. An uns wird es liegen, derartigen Quertreibereien mit aller Schärfe entgegenzutreten.

\* **Briefumschläge und Gefängnisarbeit.** Ein Berliner Fabrikant hatte sich an den Minister der öffentlichen Arbeiten gewandt mit dem Gesuch, die Bestimmungen aufzuheben, daß die Behörden angewiesen sind, ihren Bedarf an Briefumschlägen aus den Strafanstalten und Gefängnissen zu decken. Der betreffende Fabrikant hat bisher an die Eisenbahndirektion in Bromberg geliefert, die nun angewiesen ist, ihre Briefumschläge von der Strafanstalt zu Telgel bei Berlin zu beziehen. Der Betent weist in seinem Schreiben auf die für die freie Arbeit gefährliche Konkurrenz der Gefängnisarbeit hin und daß beim Verlust der Aufträge er bei der jetzigen Arbeitslosigkeit auch noch Leute entlassen müßte.

Das Gesuch wurde abschlägig beschieden mit dem Bescheid: „Dem Antrag kann nicht entsprochen werden. Den Strafanstalten ist die Herstellung gewisser Gebrauchsgegenstände für die Staatsbahnbahnverwaltung übertragen worden, damit die Arbeitskräfte in diesen Anstalten möglichst ausschließlich für Zwecke von Staatsbehörden nutzbar gemacht werden. Dadurch entfällt für die Privatindustrie der bisherige Wettbewerb der Strafanstalten bei Lieferungen an Private.“

\* **Tarifbewegung der Buchdrucker.** Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat an die deutschen Gehilfen einen Aufruf gerichtet, überall da, wo der deutsche Buchdruckertarif noch nicht anerkannt ist, am 21. März der Prinzipalität diese Forderung vorzulegen und da, wo sie nicht bewilligt wird, zu künftigen respektive die Arbeit einzustellen. Dieses neueste Vorgehen hat den Erfolg gehabt, daß an 367 Orten 458 Firmen der Tarifgemeinschaft beigetreten sind. Unter den tarifanererkennenden

Firmen befindet sich eine ganze Anzahl solcher, die bisher der Tarifgemeinschaft äußerst feindlich gegenüberstanden. Als besonders erfreuliches Zeichen ist hervorzuheben, daß in Rheinland-Westfalen, wo der Buchdruckertarif bisher schwer Eingang finden konnte, allein 90 Firmen denselben anerkannt haben. Der Berliner Gauvorstand hat sich auf Grund der im Adressbuch verzeichneten Firmen auf die Suche gemacht, um die noch verbleibenden 200 Firmen, die der Tarifgemeinschaft nicht angehören, etwas näher kennen zu lernen. Dabei stellte sich heraus, daß 117 von den 200 „Buchdruckereibesitzern“ überhaupt keinen Betrieb haben, nur 56 kleinere Firmen beschäftigten Gehilfen und 27 nur Lehrlinge, die anderen verzeichneten Firmen sind nur Zwischenhändler, Agenten zc. Sechs Berliner Firmen haben erklärt, unter keinen Umständen den Tarif anzuerkennen; in einigen kleinen Betrieben ist es bereits zum Ausstand gekommen.

\* **Der Tabakarbeiterverband** hielt seine Generalversammlung in Dresden ab, deren Beschlüsse in Mitgliederkreisen dieses Verbandes besonders lebhaft verfolgt wurden, weil die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in ein schnelleres Tempo gekommen war, ferner aber auch wegen der Aussprache über die Stellung des Zentralvorstandes zum Sortiererverband und der gegenwärtigen Lage der Zentralrankenkasse und deren Umwandlung in eine Zuschußkasse, endlich war auch seit einiger Zeit der Einführung einer Krankenunterstützung das Wort geredet.

Nach dem Bericht des Vorstandes beliefen sich die Gesamteinnahmen des Verbandes 1901 auf 285 593 Mk., 1902 183 264 Mk.; die Ausgaben 1901 283 199 Mk. und 1902 188 819 Mk. Für Unterstützungs Zwecke (außer Streikunterstützung) wurden 1901 39 630 Mk. gleich 29 Prozent, 1902 42 745 Mk. gleich 31 Prozent der Einnahme ausgegeben. Für Streiks wurde 1901 die Summe von 134 347 Mk. ausgegeben, während der Verband im Jahre 1902 145 670 Mk. für diesen Zweck bezahlte. Der Mitgliederstand zeigt eine starke Fluktuation. Im Laufe der Berichtszeit sind etwa 9700 neue Mitglieder gewonnen worden, doch ist nur ein wirklicher Zuwachs von 776 zu verzeichnen. Jetzt zählt der Verband etwa 18 000 Mitglieder, gleich 16 Prozent der im Reich beschäftigten Tabakarbeiter.

Die Frage der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zeitigte eine sehr ausgiebige Debatte; die Mehrzahl der Redner trat für eine Arbeitslosenunterstützung ein, obgleich einige einflussreiche Personen, unter diesen der Ausschussvorsitzende, ihre Bedenken dagegen geltend machten. Der Letztere hält die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für ein gemagtes Experiment, weil auch in den aufgestellten Berechnungen die richtige materielle Grundlage fehle; er vermisse übrigens den alten Idealismus, der früher im Verband zu finden war. In namentlicher Abstimmung wird die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 43 gegen 18 Stimmen beschlossen. Auch soll eine Kranken- und Sterbeunterstützung, sowie Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden. Die Krankenunterstützung soll mit dem 1. Januar 1904, die Arbeitslosenunterstützung mit 1. Juli in Kraft treten. Die Beitragsleistung soll wie folgt bemessen werden: Klasse I 25 Pf., Klasse Ia 35 Pf., Klasse II 35 Pf., Klasse IIa 45 Pf., Klasse IIb 55 Pf. und Klasse IIc 75 Pf. Klasse I und Ia sind nur für Rollenrinnen, Bildelmacher, Sortiererinnen, Zigarottenmacherrinnen, Vorleger, Deckenmacher, Zwickler, sonstige Tabakarbeiterinnen und Lehrlinge.

Die Anträge zum Verbandsorgan zeitigten eine lebhaft Debatte. Von einigen Rednern wird eine Ausgestaltung des „Tabakarbeiter“ gewünscht; sie sind der Ansicht, daß die rein politischen Artikel aus dem „Tabakarbeiter“ fern zu bleiben haben, dagegen sollen mehr gewerkschaftlichen und fachgewerblichen Inhalts geboten werden. Auch habe die Redaktion zu den den Verband jetzt so sehr interessierenden Fragen niemals Stellung genommen, das wäre nur den Mitgliedern überlassen geblieben. Es sei gleich, zu welcher Ansicht der Redakteur sich bekenne, aber anregend sei dieses auf alle Fälle; so ist die Konsumvereinsbewegung nie erwähnt worden. Ein Redner ersucht die Redaktion, Artikel, welche das Religionsgefühl irgendwie angreifen

oder verletzen, zu vermeiden, da man in seiner Gegend einen schweren Stand gegen die Kapläne habe. Beyer als Redakteur verteidigt sich gegen die erhobenen Beschwerden. Gewiß sei ja manches verbesserungsbedürftig, doch läge es hauptsächlich an dem Raumangel, man müsse auch hier und da Mitarbeiter heranziehen. In dem Kampfe gegen die Kapläne sei oftmals eine entschiedene Stellung nötig, trotzdem habe er die religiösen Gefühle andersdenkender Tabakarbeiter nie verletzt. In Bezug auf die gegenwärtig so wichtigen Verbandsfragen habe er sich absichtlich Unparteilichkeit auferlegt, für die Zukunft trete er selbstverständlich nach demokratischer Praxis für diese ein. Recht machen werde er es den Mitgliedern wohl nie. — Ein Antrag, die Redaktion des Verbandsorgans an den Sitz des Vorstandes zu verlegen, wird ebenso wie die Einsetzung einer Preiskommission abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag, der den Redakteur verpflichtet, die den Verband beschäftigenden Fragen in der Zeitung mehr zu behandeln, angenommen, und ein weiterer, der wünscht, daß Artikel vermieden werden sollen, die das religiöse Gefühl der Mitglieder verletzen, dem Redakteur zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Vorstand wird beauftragt, die von der Generalversammlung geäußerten Wünsche bezüglich Verschmelzung mit dem Sortiererverband zu berücksichtigen. — Den Beamten wird eine Gehaltserhöhung von jährlich 100 Mk. zugesprochen, unter der Bedingung, daß sie der Unterstützungskasse des Vereins „Arbeiterpresse“ beitreten. Nach Wahl der bisherigen Beamten in ihre innegehabten Stellungen und Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress wurden die Verhandlungen geschlossen.

**Literarisches.**

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieb's Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 26.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Dunder & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 25.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist uns Nr. 7 des 13. Jahrganges zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

**Briefkasten.**

Nach Eisenach. Ja! Der Betreffende darf nur nicht eine Anzahl Beiträge im voraus bezahlt haben, um sich in den Genuß der Unterstützung zu bringen. Veritas. Wird mit bestem Dank in nächster Nummer veröffentlicht.

D. L. in B. Dergleichen Gesandte müssen immer erst durch die Hände des Bevollmächtigten gehen, bevor ich sie zum Abdruck bringe.

G. F. in W. Sie müssen sich bis zur nächsten Nummer gebulden.

B. S. Dergleichen. Zurückgestellt: Korrespondenz Freiburg.

**Abänderungen im Adressenverzeichnis.**

**Adressen der Gaubevollmächtigten.**

- Gau I. Stadtkreis Berlin und die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt a. D.
- Gauvorort Berlin: Karl Duff, Berlin-Nixdorf Bannierstr. 32 v. IV. (Vertrauensmann für Frankfurt a. D.: M. Göbe, Regierungsstraße 15; für Rotbuss: Erwin Laubt, Mühlensstraße 65/66 bei Frau Rohm; für Spremberg: C. Gierach, Kochsdorf b. Spremberg; für Guben: M. Guhr, Klostermauer 28; für Spandau: A. Klenziorst, Lutherstraße 21; für Schwiebus: B. Reinhardt, per Adresse Fachschule der Buchbinder; für Zossen: B. Schmidt, Ludenwalderstraße 3 bei Sentel.)
- Gau XVI. Bayerische Regierungsbezirke Unterfranken, Oberfranken, Mittelfranken und Oberpfalz.
- Gauvorort Fürth: C. Neclling, Fürth, Nürnbergergasse 178 III. (Vertrauensmann für Bayreuth: Arthur Lorenz, Nürnbergerstraße 6; für Hof: Karl Bschesche, Obere Friedrichstraße 3.)

**Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.**

- Brandenburg a. S.: Joh. Faber, Wallstraße 25 I.
- Steglitz b. Berlin: Gustav Röhlig, Flensburgerstr. 10.
- Wiesbaden: Curt Würter, Willowstraße 9.

**Änderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Anzahler.**

Eisenach. Totalunterstützung wird hier nicht mehr ver-  
Erfolgt.  
Erlangen. Z. Ernst Sauerstein, Ringstraße 27 v.;  
von 12-1/2 und 6-7 Uhr, Sonntags von 12-2 Uhr.  
L. U. Ml. 16,20 Mf. Az. 10 St.  
H. Gasthaus Andr. Ziel, Engelstraße 20.  
Hagen i. W. Z. F. Strohe, Nordstraße 4; von 12 bis  
1 und 7-8 Uhr. L. U. Ml. 18 Mf. Az. 10 St.  
H. „Gewerkschaftsherberge“, Puppenbergstraße.  
Kassel. Z. A. C. Pilger, Hohentorstraße (Restaurant);  
von 7-8 Uhr.  
H. Bei Danum, Graben 60.  
Kaufbeuren. Z. S. Beagst, Kirchplatz 333; von 6 bis  
7 Uhr, Sonntags von 12-1 Uhr. L. U. Ml. 18 Mf.  
Az. 9 1/4-11 St.  
H. „Zum goldenen Engel.“  
Lübeck. Z. Albert Hendus, Wadnismauer 23 part.;  
von 12 1/4-1 1/4 und 7-8 Uhr. L. U. Ml. bei 9 St.  
18 Mf., bei 10 St. 19,50 Mf.  
H. Zum Hofsteinischen Hause, Marlesgrube 22.  
Rostock. Z. B. Gladiszewsky, Badstüberstraße 6 II;  
von 12 1/2-1 1/4 u. 7-8 Uhr; Sonntags von 10-11 Uhr.  
L. U. Ml. 17,50 Mf. Az. 9 1/2-10 St.  
A.H. M. Gacke, Beguinenberg 10.

**Anzeigenteil.**

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse  
der Buchbinder etc. (Eingef. H. Hilfsk.) Sitz Leipzig.**  
174] [1.50]

**Verwaltungsstelle Stuttgart.**  
Am 28. März starb unser langjähriges Mit-  
glied  
**Karl Reissacher**  
von Freiburg im Alter von 54 Jahren.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle Berlin.**  
Allen Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß  
unsere Kollegin, die Falgerin Frau  
**Jda Spicka**  
am Mittwoch den 25. März verstorben ist.  
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren  
halten!  
175] **Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Berlin.**

**Mittwoch den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Ge-  
werkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I)**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
176] **Tagesordnung:** [3.50  
1. Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission.  
2. Neuwahl der Delegierten.  
3. Stellungnahme zur Reisefeier.  
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Wir ersuchen alle Mitglieder, in dieser Versammlung volljährig zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zur Beachtung!**

Wir machen alle Mitglieder hierdurch aufmerksam,  
daß unser bisheriger Arbeitsnachweis im  
„Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, am **Sonabend  
den 4. April aufgehoben wird.**  
Vom Montag den 6. April ab melden sich  
alle arbeitslosen Verbandsmitglieder im paritätischen  
Facharbeitsnachweis, Rückerstr. 6 B. (nahe Schön-  
hauer Tor) im Arbeitsnachweisgebäude. Die  
Geschäftsstunden sind von 11 Uhr vormittags  
bis nachmittags 3 Uhr festgesetzt. Ferner  
machen wir alle Kollegen und Kolleginnen, speziell  
die zugewiesenen Kollegen darauf aufmerksam, daß  
das „Anschauen“ in den Berliner Werkstudien nicht  
mehr gestattet ist; es ist Pflicht eines jeden arbeits-  
losen Mitgliedes, nur den paritätischen Arbeits-  
nachweis zu benutzen. D. D.

**Zahlstelle Stuttgart.**

**Samstag den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im  
„Gewerkschaftshaus“ (Eßlingerstraße)**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
177] **Tagesordnung:** [2.30  
1. Vortrag von Herrn Dr. med. M ö s e r.  
2. Wahl eines Mitglieds zum Verbandsvorstand.  
3. Gewerkschaftsbericht.  
4. Verschiedenes und Fragekasten.  
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünkt-  
lich zu erscheinen.

**Der Vorstand.**

Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch im  
Rückstande sind, werden dringend ersucht, spätestens in  
dieser Versammlung ihre Reste zu bezahlen.  
Wer mehr wie vier Wochenbeiträge restiert, wird in  
der am 18. April stattfindenden Generalversammlung  
verlesen. D. D.

**Berlin. Berlin.**

**Buchbinder-Männerchor.**  
Mitgl. d. Arb.-Sänger-Vb. \* Dirigent: Herr C. Molitor.  
**Sonntag den 12. April (1. Osterfeiertag)**  
**Feier des**

**14. Stiftungsfestes**  
in Cohus Kessälen, Reuthstraße 19  
bestehend in  
gesangs- und humoristischen Vorträgen,  
sowie **grossem Ball.**  
Anfang 6 Uhr.  
Eintritt 30 Pfennig. — Tanz 50 Pfennig.  
Billets sind bei allen Vereinsmitgliedern, sowie im  
Bureau, Engel-Ufer 15, zu haben.  
Es ladet freundlichst ein  
178.] **Der Vorstand.** [2.40

**Zwei tüchtige**

**Stuismacher**

(Sammt- und Lederarbeit eingearbeitet), jüngere Leute,  
per sofort gesucht.  
Reise wird vergütet. [2.60  
Referenzen und Lohnansprüche erbeten.  
**Max Gehringer,**  
Brüssel,  
73 Rue de Cologne.  
179]

**Papier-Geschäft**

vis-à-vis einer Schule und Kaserne mit  
Wohnung von 2 Zimmern, Küche und Zubehör  
ist sofort oder später zu vermieten. Die Vorräte  
müssen übernommen werden, wozu ca. 3000 Mf. er-  
forderlich sind. 180.] [2.60  
Offerten unter G. 840 an Haasenfein & Vogler,  
N.-G., Karlsruhe i. B. erbeten.

**Perforier-Maschine**

von Karl Krause; Perf.-Länge 25 cm, tadellos erhalten,  
billig zu verkaufen. [1.00  
181.] **Köhler & Semann, Halberstadt.**

**Tüchtiger Linierer**

der auf der Handmaschine gründlich erfahren sein muss, findet dauernde Beschäftigung.  
Offerte mit Gehaltsansprüchen zu richten unter Chiffre G. P. 20 an die Expedition dieses Blattes.



**Fachausstellung**

**Schmiedgen & Johansen, Berlin O., Markusstr. 50.**

**Schöneberg.**

182] Alle hier wohnenden Kollegen werden ersucht, sich  
zu einer wichtigen Besprechung am **Mittwoch den  
8. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal v. D b ft, Weininger-  
straße 8, Ecke Mart'n Lutherstraße, einzufinden.**

Unserem bisherigen Kassierer, dem Kollegen [0.70  
**Eduard Queseleit**  
bei seiner Abreise von Hagen i. W. ein  
**„Herzliches Lebewohl!“**

183] **Die Kollegen der Zahlstelle Hagen i. W.**  
Unserem bisherigen Vertrauensmann [0.70  
**Christ. Käss**  
zur Abreise nach Germerstheim ein  
**„Herzliches Lebewohl!“**  
184] **Die Speyerer Verbandskollegen.**

Unserem lieben Freunde und Kollegen [1.00  
**Egon Noack**  
zu seiner Abreise von hier ein  
**„Herzliches Lebewohl!“**  
Die organisierten Kollegen von Eisenach:  
E. Meyer. K. Köllner. K. Schmidt. R. Naumann.  
185] **A. Asztalos.**

Einrichtungen  
für Laden und Werkstatt  
liefert seit über  
**40**  
Jahren zu billigsten Preisen  
und günstigen Bedingungen  
**O. Th. Winckler**  
Leipzig  
Abt. A: Papier- und Lederwaren  
Abt. B: Buchbinderbedarf  
Abt. C: Kostenfreier Arbeitsnachweis  
für Buchbinder  
186] **Kataloge, Kostenanschläge  
u. s. w. sehr gern zu Diensten!**

Empfehle mein [1.50

**Weiß- & Bayerisch-Bierlokal**  
**Mittag- und Abendtisch**  
zu soliden Preisen.

**Franz. Billard. Angenehmer Aufenthalt.**  
**Alwin Heinsonn,**  
Berlin, Adalbertstraße 26,  
nahe Gewerkschaftshaus.  
187]

**Sie bewundern den feurigen Goldschnitt**  
an Leipziger Einbänden? Können solche auch fertigen!  
Kaufen Sie nur dazu ff. **Glattähne** zc. von  
188] [1.00 **F. Klement in Leipzig.**